

# Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat

## Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn

*Antje Schrupp, Christof Arn, Dorothee Markert, Ina Praetorius, Michaela Moser, Ursula Knecht-Kaiser, Angela Berlis, Maria K. Moser, Ursula Baatz (www.gutesleben.org)*

1. Wenn ein Kind zur Welt kommt, wird es im allgemeinen von seinen Angehörigen willkommen geheißen. Das bedeutet: Es wird begrüßt als Mitmensch, der oder die auf die Erfüllung bestimmter Grundbedürfnisse angewiesen ist und bleiben wird. Und es wird empfangen als Neuling: Sie oder er wird alles zum allerersten Mal erleben und das Zusammenleben der anderen, die schon vorher da waren, bereichern und erneuern. Damit das Leben der Neugeborenen gelingen kann, versprechen wir ihnen Nahrung, Obdach, menschliche Nähe, körperliche und geistige Entfaltungsmöglichkeiten, ein Leben in Würde. Solche Versprechen einzulösen und die dazu nötigen Ressourcen bereit zu stellen, ist nicht nur Sache der Eltern, sondern der ganzen Gesellschaft. Es ist die primäre Aufgabe der Politik. Denn Politik bedeutet, mit dem Lebensraum Erde und allem Lebendigen sorgsam umzugehen und das Zusammenleben der Menschen so zu organisieren, dass alle in größtmöglicher Sicherheit, Eigenständigkeit und Zugehörigkeit leben und gleichzeitig ihre unverwechselbaren Beiträge zum guten Zusammenleben leisten können. Politik hat immer eine symbolische und eine ökonomische Seite. Es geht in ihr um die Frage nach dem Sinn, um Visionen, Wünsche und Hoffnungen einerseits, um den Tausch und die gerechte Verteilung von Gütern, Lebensmitteln und anderen Ressourcen andererseits. Beide Aspekte des Politischen sind nicht voneinander zu trennen.

2. Die meisten Menschen wollen ein sinnvolles Leben führen: Sie wollen etwas tun, das für andere und für sie selbst Bedeutung hat, sie wollen in ihrer Einzigartigkeit anerkannt und geliebt werden, nicht Not leiden müssen und das Da-sein genießen. Im einzelnen sieht ein sinnvolles Leben für jeden Menschen anders aus, und was als gutes Leben empfunden wird, kann sich im Laufe einer Biografie immer wieder ändern. Fast alle Frauen und Männer aber sind langfristig bereit, ihren unverwechselbaren Beitrag zum guten Zusammenleben aller zu leisten, wenn sie im

"Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten" (Hannah Arendt) willkommen und aufgehoben sind.

3. Es gibt unterschiedliche Weisen, das menschliche Zusammenleben so zu organisieren, dass alle in diesem Sinne gut leben können. Vor nicht allzu langer Zeit haben Menschen das Geld als ein Instrument erfunden, um Tauschakte zu vereinfachen. Heute hat sich das Geld in vielen Gesellschaften zu einem "Lebensmittel" entwickelt, auf das alle angewiesen sind und das eine starke symbolische Bedeutung angenommen hat: Wer kein Geld hat, der oder dem fehlen nicht nur die notwendigen materiellen Ressourcen zum Überleben, er oder sie gilt auch als VersagerIn. Dagegen nennen wir Menschen "reich", die über viel Geld verfügen. Ein sinnvolles Leben zu führen, bedeutet auch unter diesen Bedingungen nicht in jedem Fall, möglichst viel Geld zu haben, Karriere zu machen oder berühmt zu werden. Aber in einer Gesellschaft, in der Geld zum Überleben notwendig ist, muss jede Frau, jeder Mann und jedes Kind über ein gewisses Maß an Geld verfügen, um in Würde leben zu können. Wenn wir heute über eine sinnvolle Organisation des Zusammenlebens nachdenken, also Politik treiben, kommen wir deshalb, bei aller Kritik an der Dominanz des Geldes, nicht umhin, uns über seine Verteilung Gedanken zu machen. Es ist dabei wichtig, sich klar darüber zu sein, dass Geldflüsse keine Naturgesetze sind, sich der politische Sinn des Geldes vielmehr an der Frage misst, ob es für die gute Organisation des Zusammenlebens hilfreich ist.

4. In unserer Gesellschaft gilt immer noch die Doktrin, dass Geld bekommt, wer etwas leistet. In der Realität hat dieses Prinzip streng genommen nie gegolten, und es gilt in der Gegenwart weniger denn je: Am meisten Geld verdient man heute zum Beispiel mit Börsenspekulationen, mit flacher Unterhaltung oder Rüstungsproduktion. Gleichzeitig bekommen diejenigen, die neue Generationen heran ziehen, Alte und Kranke pflegen und andere für die Gesellschaft unver-

zichtbare Arbeit leisten, nach wie vor keinen oder einen zu geringen Lohn für ihre Leistung. Die fortschreitende Entkoppelung der Geldwirtschaft von der Frage nach dem sinnvollen Zusammenleben ist offenkundig geworden. Wenn Geld auch in Zukunft das offizielle Regelungsinstrument im Zusammenleben sein soll, und dazu sehen wir momentan keine Alternative, dann muss der Mythos der marktgesteuerten Lohngerechtigkeit entkräftet und grundsätzlich neu über die Frage nachgedacht werden, wie die Verteilung des Geldes dem sinnvollen Zusammenleben dienen kann. So werden sich mit der Zeit auch die starren Trennlinien zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt auflösen, die uns heute fast naturgegeben anmuten, obwohl sie nichts anderes darstellen als eine bestimmte historisch gewachsene Art und Weise, menschliche Tätigkeiten in Kategorien einzuteilen und (latent geschlechtsgebunden) zu bewerten.

5. Wir sehen zwei Notwendigkeiten: Zum einen sollen Menschen, die für das Zusammenleben ersichtlich notwendige Leistungen erbringen, ein eigenständiges Einkommen erhalten, das gutes Leben ermöglicht. Zum anderen soll jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, selbst wenn sie nicht fähig oder willens sind, etwas zu leisten, das für andere als sinnvoll erkennbar ist, in Würde leben können. Zumindest in (post)modernen Dienstleistungsgesellschaften ist es möglich, beide Forderungen zu erfüllen. Was fehlt, ist nicht das Geld, denn an Geld besteht kein Mangel und als von Menschen gemachtes Instrument kann Geld jederzeit menschenfreundlich organisiert werden. Was fehlt, sind auch nicht die natürlichen und sozialen Ressourcen, denn sie reichen erwiesenermaßen aus, um sechs Milliarden ErdenbewohnerInnen ein gutes Leben zu ermöglichen. Heute leben viele Menschen im Überfluss, während andere verhungern. Was fehlt, um dieses Ungleichgewicht zu beheben, ist einzig der politische Wunsch oder der politische Mut zu einer Neuverteilung der vorhandenen Fülle.

## Grundeinkommen

6. Die Idee eines Grundeinkommens ist in den meisten europäischen Staaten seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts insofern verwirklicht worden, als verschiedene Formen einer "Sozialhilfe" eingeführt wurden: Sie sollte bei einem persönlichen Unvermögen, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, unter bestimmten Umständen zum Anspruch auf materielle Zuwendung in Form direkter Geldzahlungen oder Zuschüsse führen. Dabei wurde jedoch von "Bedürftigkeit" als nachzuweisender Ausnahme-situation ausgegangen, und es wurden Kontrollmechanismen in Form von bürokratischen Vergabemodalitäten und anderen "Schikanen" etabliert, die keine materielle, sondern nur symbolische Bedeutung haben und das System der Sozialhilfe fragwürdig machen. Ein solches Modell der Sozialhilfe hält den Mythos aufrecht, Geld gebe es nur für Leistung. Es wird als "Almosen" vergeben, das "die Schwachen" oder "die Bedürftigen" als solche stigmatisiert und ihnen Dankbarkeit abverlangt.

7. Dem gegenüber steht das Modell eines leistungsunabhängigen und somit bedingungslosen Grundeinkommens, das von der grundlegenden Bedürftigkeit jedes Menschen genauso ausgeht wie von der grundsätzlichen Bereitschaft, Beiträge zum guten Leben aller zu leisten (vgl.1). Das erste politische Engagement für dieses Modell dürfte die Publikation "Agrarian Justice" von Thomas Paine 1796 sein. In England schlug Lady Rhys-Williams 1943 ein Grundeinkommen in Form einer Sozialdividende vor. Diese Idee wurde u.a. von Milton Friedman aufgegriffen und 1956 zur Negativen Einkommenssteuer erweitert. So taucht das leistungsunabhängige Grundeinkommen als Thema immer wieder auf und wird seit der Krise in den 1970er Jahren eher verstärkt diskutiert, teils bis in Programme politischer Parteien hinein. Nirgends aber ist es bis heute verwirklicht. Aufgrund seiner symbolischen Ausrichtung, die dem Mythos "Geld nur gegen Leistung" widerspricht, wird dieses Modell derzeit vielerorts abgelehnt. Dabei wird politisch auch mit der Nichtfinanzierbarkeit argumentiert. Der politische Sinn eines bedingungslosen Grundeinkommens liegt aber nicht in der Berechnung seiner Finanzierbarkeit, sondern gründet in der Frage, ob wir eine Gesellschaft wollen, in der alle Menschen genug Geld für ein Leben in Würde haben.